

## 2. Rechenschaftsbericht Obergericht 2022

Antrag der Justizkommission vom 13. Juni 2023

JUKO JustizkommissionKR-Nr. 185/2023

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Wir haben freie Debatte beschlossen. Der Behandlungsablauf zu den Rechenschaftsberichten der drei Gerichte gestaltet sich wie folgt: Die Eröffnung macht der Präsident der JUKO (*Justizkommission*), danach haben die Präsidenten der jeweiligen Gerichte während zehn Minuten das Wort, daraufhin folgen die Fraktionssprecherinnen und -sprecher, sofern gewünscht, mit ebenfalls je zehn Minuten Redezeit. Darauffolgend haben die übrigen Mitglieder des Rates je fünf Minuten Redezeit. Danach schliessen die Vertretungen der Gerichte und der Präsident der JUKO mit einer Replik die Debatte.

*Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Präsident der Justizkommission (JUKO):* Es liegen Ihnen heute die Rechenschaftsberichte der drei obersten kantonalen Gerichte sowie der ihnen unterstellten Gerichte und Stellen vor. Wie bereits im vergangenen Jahr beantragt Ihnen die Justizkommission eine vorbehaltlose Genehmigung aller Rechenschaftsberichte.

Ich möchte den Gerichten an dieser Stelle für ihre verlässliche Arbeit und den kooperativen und offenen Umgang danken. Wir schätzen das sehr und freuen uns in dem Sinne auch auf eine gute Zusammenarbeit in den kommenden Jahren. Die Gerichtspräsidenten werden alle die Gelegenheit erhalten, aus ihrer Perspektive die zentralen Aspekte des Berichtsjahres mit Ihnen zu teilen. Ich möchte daher aus Sicht der Justizkommission und stellvertretend für ihre Arbeit im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle zu ausgewählten Themen ein paar Anmerkungen machen.

Traditionsgemäss kommen wir zuerst zum Obergericht; so ist auch die Reihenfolge in der Verfassung – Obergericht, Verwaltungsgericht und Sozialversicherungsgericht. Ebenfalls traditionsgemäss spricht der Präsident der Justizkommission zu diesem Thema eher zu leeren Rängen, da sich noch einige in der Mittagspause befinden.

Kommen wir zum Obergericht: Am Obergericht ist die grosse Geschäftslast auf den Berufungsstrafkammern noch weiter angestiegen, da die Eingangszahlen im Berichtsjahr mit 762 Neueingängen das sehr hohe Niveau des Vorjahres von 752 noch leicht übertrafen. Als Folge davon sind die Pendenzen trotz der im letzten Jahr eingerichteten Entlastungskammer auf einen neuen Höchststand gestiegen; auf 440, im Vorjahr waren es 361. Demgegenüber ging die Geschäftslast auf der Beschwerdestrafkammer, dem Zwangsmassnahmengericht und den Zivilkammern leicht zurück. Gesamthaft konnten am Obergericht 4804 Fälle erledigt werden, was bei einem Total an Neueingängen von 4854 wie bereits im Vorjahr einem Erledigungsquotienten von 99 Prozent entspricht und somit ein Prozent über dem Fünf-Jahresdurchschnitt liegt. Gesamthaft sind am Obergericht die Pendenzen im

Berichtsjahr leicht von 1704 auf 1755 angestiegen. Die Justizkommission wird die Auswirkungen der acht zusätzlich gesprochenen Stellen für Richterinnen und Richter auf Pendenzen- und Erledigungszahlen im kommenden Jahr genau beobachten.

Im Berichtsjahr 2022 nahm die Geschäftslast an den Bezirksgerichten bei den Zivilverfahren leicht zu, während bei den Strafverfahren eine leichte Abnahme zu verzeichnen war. Der Erledigungsquotient der Neueingänge im Verhältnis zu allen Erledigungen im Berichtsjahr betrug bei den Bezirksgerichten 99,9 Prozent. In 82 Prozent der Fälle lag die Gesamtverfahrensdauer unter drei Monaten und nur in 3 Prozent bei über einem Jahr. Die Pendenzen blieben über alle Bezirksgerichte hinweg auf etwa dem Niveau des Vorjahres. Von den 51'949 von allen Bezirksgerichten im Berichtsjahr erledigten Verfahren wurden 1853 ans Obergericht weitergezogen. Die im Sommer 2022 durch den Kantonsrat bewilligten neuen Stellen bei den Bezirksgerichten sind noch nicht genügend lange in Funktion, um eine Aussage zur effektiven Entlastung machen zu können.

Am Handelsgericht sind die Erledigungen bei den Kollegialgerichtsällen von 262 auf 226 zurückgegangen. Das Gericht verweist darauf, dass die Kompromissbereitschaft allgemein abgenommen habe und die Parteien zu Vergleichen zu bewegen zunehmend schwieriger werde. Dadurch steigt die Erledigungsdauer.

Der Fachkräftemangel geht auch an der Justiz nicht vorbei. Langsam macht er sich auch am Obergericht bemerkbar, wenn auch noch nicht so augenfällig wie an den Bezirksgerichten, wo einige Auditoren-Stellen nicht besetzt werden konnten. An den Zahlen der Absolventinnen und Absolventen hat sich nichts geändert, weshalb das Obergericht die Präsenz der Gerichte an der Universität Zürich mehr ausbauen möchte. Das Obergericht ist sich bewusst, dass man sich als Arbeitgeberin womöglich anders und neu positionieren muss. Flexible Teilzeitpensen und das Arbeitsklima fördernde Massnahmen werden von Arbeitnehmenden geschätzt und steigern die Attraktivität des Arbeitgebers. Natürlich ist auch der Lohn des juristischen Personals weiter ein Faktor.

Schon länger mit einem Fachkräftemangel ringen die Notariate, wo er sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr noch weiter verstärkt. Es wurden deshalb im Rahmen eines Pilotprojektes sechs befristete Stellen bewilligt, um Quereinsteigende mit einem BLaw (*Bachelor in Rechtswissenschaften*) oder MLaw (*Master in Rechtswissenschaften*) zu rekrutieren. Von diesen Stellen konnte bisher aber nur eine besetzt werden. Ein Grund für den Fachkräftemangel ist sicherlich, dass immer wieder Fachleute in die Privatwirtschaft abwandern, wo sie mehr verdienen.

Bei den Betreibungsämtern ist die personelle Situation noch nicht so prekär wie bei den Notariaten. Der Fachkräftemangel wird aber auch dort zunehmend zum Problem. Zwischen den Gemeinden bestehen aber grosse Unterschiede, was den Mangel an Fachpersonen betrifft, da diese namentlich die Entlöhnung selbst festlegen können.

An verschiedenen Bezirksgerichten laufen grössere Bauvorhaben oder es werden Neubauten realisiert. Der JUKO ist es ein Anliegen, dass dabei weitsichtig geplant wird und zukünftige Raumbedürfnisse in die Planung Eingang finden.

Auch die Zivil- und Strafgerichte sind stark in den Digitalisierungsprozess der Justiz involviert, sei dies in nationalen Projektgruppen als auch in der täglichen Arbeit. Wie auch im Jahr zuvor haben die Visitationen bei den verschiedenen Bezirksgerichten gezeigt, dass unterschiedliche Ansichten zu der Digitalisierung der Justiz bestehen. Papierakten sind in der Justiz noch immer obligatorisch und als Arbeitsinstrument beliebt. Letzteres liegt wohl auch daran, dass ihr digitales Pendant noch nicht wirklich ein gleichwertiger Ersatz ist und der Schritt in die digitale Justiz auch bei den Gerichten momentan noch mit einem Mehraufwand anstatt mit einem Effizienzgewinn verbunden ist.

Als Justizkommission haben wir den Rechenschaftsbericht eingehend geprüft und beantragen Genehmigung. Ich möchte mich im Namen der Justizkommission aufrichtig herzlich bedanken beim Obergericht und bei allen Mitarbeitenden des Obergerichts und den ihm unterstellten Gerichte und den auch unterstellten Stellen für ihre Arbeit. Vielen Dank.

*Ratspräsidentin Sylvie Matter:* An dieser Stelle begrüße ich den Präsidenten des Obergerichts, Martin Langmeier.

*Martin Langmeier, Präsident des Obergerichts:* Ich bedanke mich zunächst beim Präsidenten der Justizkommission für seine einführenden Worte und freue mich sehr, Ihnen heute unseren Rechenschaftsbericht über das Jahr 2022 präsentieren zu dürfen. Ich werde mich diesmal kurzhalten und nur punktuell zwei, drei Punkte hervorheben, da wir in unserem Bericht bereits eine recht ausführliche Einleitung geschrieben haben und Ihnen zudem der ebenfalls ausführliche Antrag der JUKO vorliegt. Der Präsident der JUKO hat bereits schon einige Punkte hervorgehoben, die ich nochmals kurz ansprechen werde.

Wie schon in den letzten zwei Jahren weise ich darauf hin, dass unser Rechenschaftsbericht hauptsächlich auf die Bedürfnisse der digitalen Nutzung ausgerichtet ist, auch wenn wir ihn auf Wunsch einer gewissen Anzahl von Mitgliedern des Kantonsrats auch dieses Jahr nochmals in einer kleinen Auflage gedruckt haben. Der gesamte Nutzen des Berichts ergibt sich aber aus seiner digitalen Fassung, bei welcher über Links weiterführende Informationen abgerufen werden können. Nachdem ich das bisher immer gesagt habe, weise ich nochmals darauf hin, da es doch eine gewisse Anzahl neugewählter Mitglieder des Kantonsrats gibt, die nun zum ersten Mal einen Rechenschaftsbericht des Obergerichts sehen, dass unser Bericht jedes Jahr mit einer anderen Sekundärfarbe versehen ist – dieses Jahr Grün – und in diesem Jahr die Trennseiten mit Aufnahmen der sechs Bezirksgerichte illustriert sind, die im letztjährigen Rechenschaftsbericht noch nicht enthalten waren.

Im Jahre 2022 haben – nach entsprechenden Rücktritten – vier neue von Ihnen gewählte Oberrichterinnen und Oberrichter ihre Ämter angetreten, nämlich Azra Ohnjec am 1. Februar, Eric Pahud am 1. März, Susanne Fuchs am 1. Juni und Patrizio Castrovilli am 1. Juli. Diese Liste wird im nächsten Rechenschaftsbericht um einiges länger sein, nachdem derzeit das Wahlprozedere hinsichtlich der acht neuen Mitglieder läuft, die Sie uns dankenswerterweise am 20. März dieses Jahres

zugesprochen haben. Das nimmt thematisch auf, was das letzte Jahr zweifellos für uns das wichtigste Ereignis war, dass Sie nämlich unseren Antrag um Erhöhung der Richterstellen an den Bezirksgerichten gutgeheissen und uns hernach über das Budget auch die erforderlichen weiteren Mehrstellen zur Verfügung gestellt haben. Die Wahlen für die neuen Richterinnen und Richter wurden sehr schnell durchgeführt, auch die restlichen Stellen im juristischen und kaufmännischen Bereich konnten besetzt werden. Hier sind wir allerdings – der Präsident der JUKO hat es schon angesprochen – ebenfalls mit dem Fachkräftemangel konfrontiert, namentlich was die jungen Juristinnen und Juristen anbelangt. So sind an einigen Bezirksgerichten Auditoren-Stellen unbesetzt; das sind die Einstiegsstellen bei den Gerichten. Das war vor einigen Jahren noch undenkbar. Erstaunlich ist dies angesichts dessen, dass die Anzahl Absolventinnen und Absolventen des Jura-Studiums nicht abgenommen hat. Wir sind daran, diese Situation zu analysieren und Massnahmen zu entwickeln, damit hier Gegensteuer gegeben werden kann.

Was den Geschäftsgang an den Bezirksgerichten anbelangt, haben Sie gesehen, dass die Geschäftslast sowohl im Zivil- als auch im Strafbereich weiter leicht zugenommen hat. Immerhin haben die gesamten Pendenzen im Strafbereich leicht gesenkt werden können. Allerdings ist hier wohl erneut mit steigenden Eingangszahlen zu rechnen, nachdem die Staatsanwaltschaften gemäss ihrem Jahresbericht 2022 ein Rekordjahr mit der stärksten Zunahme der Geschäfte seit zehn Jahren hatten.

Am Obergericht sind die Eingangszahlen gesamthaft zwar zurückgegangen, die Pendenzen und das Alter der hängigen Fälle sind aber weiter gestiegen, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass die behandlungsintensiven Straffälle, die allesamt mündlich verhandelt werden müssen, weiter zugenommen haben. Was hier drückt, sind die grossen Verfahren, die die Richterinnen und Richter, Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber zum Teil über Wochen oder sogar Monate absorbieren.

Unsere Rechnungen präsentieren sich 2022 unauffällig. Naheliegenderweise sind höhere Personalkosten entstanden. Aber zur grossen Hauptsache wird unsere Rechnung wie immer gesteuert durch die nicht beeinflussbaren Kosten und Erträge der Rechtsprechung. Hier fällt auch 2022 wieder ins Gewicht, dass die Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsvertretungen und amtliche Verteidigungen erneut gestiegen sind, was auch von dieser Seite her ein Beleg dafür ist, dass die Verfahren generell aufwendiger geworden sind.

Schliesslich haben Sie insbesondere dem Antrag der JUKO entnehmen können, dass die Gerichte auch im Bereich der Infrastruktur erhebliche Aktivitäten entwickelt haben. Schwergewichtig geht es hier darum, dass zusätzliche Räumlichkeiten gesucht werden mussten oder noch gesucht werden. Als grösstes Projekt steht hier der Neubau des Bezirksgerichts Hinwil an. Bereits in der Realisierungsphase steht die Sanierung des Gebäudes des Bezirksgerichts Zürich an der Wengistrasse 30, wo die Betroffenen – etwa 130 Mitarbeitende – nun im Airgate in Oerlikon für etwa zwei Jahre ein Provisorium bezogen haben.

Im Übrigen und bezüglich der unterstellten Ämter erlaube ich mir auf den schriftlichen Bericht zu verweisen und ersuche Sie abschliessend, dem Antrag der Justizkommission auf Genehmigung des Rechenschaftsberichts 2022 des Obergerichtes zu entsprechen. Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit und stehe selbstverständlich für allfällige Fragen zur Verfügung.

*Detailberatung*

*I.*

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 138 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Kommissionsantrag zugestimmt.**

*II. und III.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.